

den Lebensbedürfnisse von Menschen in einigen der armen Gebiete des Südwestens und Nordwestens gegen Ende des Jahres 1990 nicht voll erfüllt werden können, wie dies die Regierung erhofft hatte.

Die Regierung hatte klargestellt, daß zur Verwirklichung des Ziels, die wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Armutsgebieten voranzutreiben, längerfristige Anstrengungen vonnöten seien. Zu diesem Zweck habe der Staatsrat einen neuen Anti-Armutsplan für die nächsten 10 Jahre genehmigt.

Des weiteren habe die Regierung präferentielle Maßnahmen beschlossen, um die Entwicklung in den armen Gegenden voranzutreiben. Dazu gehörten einige Schlüsselprojekte, darunter geringere Steuerzahlungen durch jene Bauern, deren Einkommen unterhalb der Armutslinie liegt.

Die staatlichen Finanzmittel für dieses Anti-Armutsprogramm wird sich auf dem gegenwärtigen Niveau von 4 Mrd.Yuan pro Jahr belaufen. Diese Summe könne vor dem Jahre 2000 erhöht werden, in Abhängigkeit vom weiteren Wachstum der Staatseinnahmen.

Gegen Ende dieses Jahrhunderts, wenn das Ziel des "anfänglichen Wohlstands für das ganze Land" erreicht sei, werde auch das Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen für die ländliche Bevölkerung in den armen Gebieten erreicht sein, und zwar durch unterstützende Anstrengungen in den 1990er Jahren. Doch auch dann noch werde es einige Armutsprobleme in wenigen isolierten Gebieten geben. Diese Gebiete sind entlegene Regionen, die von Minoritäten bewohnt werden. Dort leidet man unter Wasserknappheit oder endemischen Krankheiten.

Yang teilte auch mit, daß der Lebensstandard von ca. 15-20% der gesamten armen Gebiete, in denen das Einkommen der Menschen einmal die Armutsgrenze überschritten habe, wiederum absinke, und zwar wegen unsicherer wirtschaftlicher Faktoren, wie beispielsweise Marktinstabilität und Naturkatastrophen. Gegenwärtig seien mehr als 13 Mio. Menschen und 7 Mio. Tiere, die in den armen Gebieten leben, immer noch ohne angemessene Trinkwasserversorgung. (CD, 30.6.90) -lou-

*(44)

Mangelhafte Verpackung führt zu Verlusten

Nach Angaben der in Beijing erscheinenden *China Trade Promotion Review* werden große Verluste dadurch verursacht, daß man wieder zu der alten Praxis der mangelhaften Verpackung zurückgeht. Nach Statistiken entsprechender Abteilungen betragen die durch mangelhafte Verpackung entstehenden Verluste jährlich 14 Mrd. Yuan, d.h. also nahezu 1% des Brutto-sozialproduktes des Landes.

Mehr als die Hälfte der Verluste entstanden bei Exportgütern. Eine sofortige Beachtung und Behebung dieser Mängel könne dazu beitragen, daß die Verluste geringer seien und daß der Ruf des Landes im Welthandel erhalten werden könne.

Im Juli 1989 wurden beispielsweise 229.000 Säcke Zucker im Gesamtgewicht von 11.600 t vom Hafen Huangpu in Shanghai nach Chittagong in Bangladesh verschickt. Als das Schiff in Chittagong ankam, waren 6.875 Säcke aufgerissen, 18.200 Säcke waren verschmutzt und 2.175 Säcke waren sonstwie beschädigt. Es mußten insgesamt 227.000 Yuan Kompensationszahlungen für die Verluste gezahlt werden.

Im Jahre 1989 verschickte eine chinesische Porzellanfabrik eine Sendung von Blumentöpfen in ein skandinavisches Land. Wegen der mangelhaften Verpackung bestand die Sendung nur noch aus Scherben, als sie entladen werden sollte. Im Bestimmungshafen forderte man den Kapitän des Schiffes auf, Gebühren für die Umweltverschmutzung zu zahlen.

Im Hafen von Xingang in Tianjin, der etwa ein Drittel aller chinesischen Güter, die per Schiff verschickt werden, abfertigt, kann man überall Getreide sehen, das auf den Boden herumliegt. Der Grund dafür sind schadhafte Säcke. Die Kompensationszahlungen für diese Verluste erreichten im Jahre 1989 allein an diesem Ort 12,5 Mio. Yuan.

Die Hauptgründe für die Verluste waren Mängel bei Verpackung, Management, Lagerung und Transport; hinzu kam die rohe Behandlung der Güter durch Arbeiter.

Trotz aller bestehenden Mängel habe das Land indes große Fortschritte in der Verpackungsindustrie in den letzten Jahren gemacht. Beispielsweise seien in dem Zeitraum zwischen 1984 und 1989 die Verluste um 5 Mrd.Yuan gesenkt worden. Im 8. Fünfjahresplan (1991-1995) ist ein Sonderplan für die Entwicklung der Verpackungsindustrie enthalten.

Aufgrund dieses Planes wird der Umfang der Plastikverpackungsprodukte des Landes bis zum Jahre 1995 zwischen 1,05 und 1,1 Mio.t erreichen. Verpackungsmaterialien für Glasprodukte werden einen Umfang von 5,49 Mio.t und für Metallverpackungsmaterialien von 920.000 t haben. Auch die mit Verpackung verbundene Druckindustrie soll eine fortgeschrittenere Technologie erhalten. China wird 288.000 Einheiten der Verpackungsmaschinerie herstellen, um das Niveau der Verpackungen zu erhöhen.

Im Jahre 1989 betrug der Produktionswert der Verpackungsindustrie 27,5 Mrd.Yuan; im Jahre 1980 betrug dieser Wert nur 7 Mrd.Yuan. Die Wachstumsrate für die genannte Periode beträgt also durchschnittlich jährlich 15%. (CD, 3.6.90) -lou-

Taiwan

*(45)

Leichte Einbußen der Regierungspartei bei Gemeindewahlen

Am 16.Juni fanden die Gemeindewahlen der Provinz Taiwan und der provinzfremen Städte Taipei und Gaoxiang (Kaohsiung) statt. Nach den vorliegenden bekanntgegebenen Ergebnissen entfielen von den gewählten 3.780 Gemeinderäten der Provinz Taiwan 2.909 (76,96%) auf die Regierungspartei Guomintang (Kuomintang, im folgenden GMD), 74 (1,95%) auf die Opposition Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD), 4 (0,1%) auf andere Splitterparteien und 793 (20,97%) auf Parteilose.

Von den 6.416 gewählten Dorf- und städtischen Nachbarschaftsältesten der Provinz Taiwan entfielen 4.741

(73,89%) auf die GMD, 60 (0,93%) auf die MJD, 12 (0,18%) auf andere Splitterparteien und 1.603 (24,98%) auf Parteilose.

Die Regierungspartei hat zwar sowohl bei den Wahlen der Gemeinderäte als auch bei den der Dorf- und städtischen Nachbarschaftsältesten die überzeugende Mehrheit erhalten, allerdings im Vergleich zu den Wahlergebnissen von vier Jahren jeweils Einbußen von 4% bzw. 7% erlitten.

In der Stadt Taipei hat die GMD 376 (85,45%) der insgesamt 440 Ämter der Nachbarschaftsältesten gewonnen, die MJD nur 3 (0,69%) und die Parteilosen 61 (13,86%). Von den 466 Ämtern der Nachbarschaftsältesten in der Stadt Gaoxiong sind 354 an die GMD, 8 an die MJD und 104 an die Parteilosen gefallen.

Die Wahlergebnisse zeigen nochmals die Schwäche der oppositionellen MJD an der Basis. Bei den Kommunalwahlen in Taiwan spielen nicht die Parteipolitik, sondern persönliche Beziehungen einzelner Kandidaten eine große Rolle. Stimmenkauf und Erpressungen mit Gewaltanwendung sind weit verbreitet. Wohl aus diesen Gründen haben viele parteilose Kandidaten gut abschneiden können.

In der Stadt Taipei sind am 16. Juni 33,29% der Wahlberechtigten zur Wahlurne gegangen (vor vier Jahren 21,69%), in der Stadt Gaoxiong 50,9% (46,21%). Die Wahlbeteiligung in der Provinz Taiwan betrug 61,44% bei den Wahlen der Dorf- und städtischen Ältesten und 66,77% bei den Gemeinderäten. (LHB, 17.6.90; ZYRB und CP, 18.6.90; FCJ, 21.6.90) -ni-

*(46)

Alle vor über 40 Jahren gewählten Abgeordneten müssen Ende 1991 zurücktreten

Der Rat der Hohen Richter des Justizyuan, der für die Auslegung der Verfassung zuständig ist, legte am 21. Juni einen neuen Beschluß über die Frage der seit mehr als vier Jahrzehnten nicht erneuerten nationalen Parlamentsorgane vor - die Nationalversammlung, der Gesetzgebungsyuan und der Kontrollyuan -, wonach alle 1947-1948 gewählten Abgeordneten bis Ende 1991 zurücktreten müssen. (LHB, 22.6.90; ZYRB, 23.6.90)

Kurz nach den ersten Wahlen der drei genannten Parlamentsorgane (1947-1948) mußte sich die Regierung der Republik China infolge der militärischen Niederlage im Bürgerkrieg gegen die chinesischen Kommunisten nach Taiwan zurückziehen. Im Hinblick auf die neue Situation wurden die Mandate der Mitglieder des Gesetzgebungs- und des Kontrollyuan durch Interpretation Nr.31 des Rats der Hohen Richter (29. Januar 1954) bis auf weiteres verlängert - die Deputierten der Nationalversammlung dürfen sowieso ihr Mandat kraft Art.28 der Verfassung bis auf den Tag der Eröffnung der nächsten Nationalversammlung beibehalten. Mit der neuen Interpretation (Nr.261) hat der Rat der Hohen Richter nicht nur seinen früheren Standpunkt, sondern auch die Verfassungsbestimmung zur Frage der Amtsperiode der Abgeordneten widerrufen. Dies wurde in dem Beschluß mit der veränderten Situation und der Anpassung an die Volksmeinung für politische Demokratisierung begründet.

Neben den 1947-1948 gewählten Abgeordneten wurden noch kraft der Bestimmungen der provisorischen Verfassungsartikel während der Periode der Mobilmachung zur Bekämpfung der (kommunistischen) Rebellion Ende 1969 ergänzende Abgeordnete und seit 1972 zusätzliche Abgeordnete in Taiwan gewählt. Da die zusätzlichen Abgeordneten gemäß der Verfassung regelmäßig gewählt werden, dürfen sie, so heißt es in der genannten neuen Verfassungsauslegung, ihr Mandat bis zu den nächsten Wahlen beibehalten, sie brauchen also nicht wie ihre älteren Kollegen bis Ende des kommenden Jahres zurückzutreten. Die nächsten Wahlen der zusätzlichen Abgeordneten sollen erst 1992-1993 stattfinden.

In derselben Auslegung wird die Regierung aufgefordert, nach dem Rücktritt der alten Abgeordneten rechtzeitig die zweiten Wahlen der nationalen Abgeordneten (erste Wahlen 1947/48) mit einem Teil "überregionaler" Volksvertreter (also Vertreter nicht nur für Taiwan, sondern für Gesamtchina) abzuhalten. Eine konkrete Frist wird nicht festgesetzt. Wenn die neuen Wahlen vor 1992/93 stattfinden, bleiben die zusätzlichen Abgeordneten noch in den neuen Parlamentsorganen. Finden sie erst 1992/93 statt, dann wird es bis dahin in den Parlamentsorganen nur die zusätzlichen Abgeordnete

geben. Zur Zeit sind in der Nationalversammlung 612 "alte" (1947/48 gewählt) und 80 zusätzliche Deputierte, im Gesetzgebungs- und Kontrollyuan 138 bzw. 19 "alte und 129 bzw. 31 zusätzliche Abgeordnete vertreten.

Bei der Abstimmung haben 13 Hohe Richter für und 2 gegen die Auslegung votiert. In einem mit dem Auslegungsbeschluß zugleich veröffentlichten Gegenvotum ist der Großrichter Li Zhipeng (Lee Chih-peng) der Ansicht, daß noch vor dem Rücktritt der alten Abgeordneten die betreffenden Wahlgesetze geändert und die Wahlen neuer Abgeordneten abgehalten werden müssen.

Noch im letzten Jahr hatte der Gesetzgebungsyuan ein Gesetz zur Förderung des freiwilligen Rücktritts der betagten Abgeordneten mit einer hohen Abfindungsprämie von 3 Mio.NT\$ (rd. 111.000 US\$) verabschiedet, doch nur ein kleiner Teil machte davon Gebrauch. Vor kurzem faßte die Regierungspartei Guomindang den Plan, bis Ende 1991 in drei Stufen alle betagten Mitglieder des Gesetzgebungsyuan zum Rücktritt zu zwingen. Man gewinnt den Eindruck, daß die Hohen Richter unter dem Einfluß der Regierungspartei die neue Verfassungsauslegung bearbeitet haben.

Trotzdem wurde die neue Interpretation allgemein begrüßt, weil sie einer Erneuerung der staatlichen Parlamentsorgane und damit weiterer Demokratisierung endlich den Weg bereitet. Scharfe Kritik kam aus den Reihen der betagten Abgeordneten. Einige Deputierte der Nationalversammlung berieten darüber, die neue Interpretation der Hohen Richter durch Verfassungsveränderung wieder nichtig zu machen. (Zili Zhoubao, 28.6.90) Die meisten der 1947/48 gewählten Abgeordneten sind schon über 80 Jahre alt, der jüngste, der jetzige Präsident des Legislativyuan Liang Xurong (Liang Su-yung), ist auch schon 70 Jahre. (FCJ, 25.6.90) -ni-

*(47)

Keine politische Annäherung zwischen Beijing und Taipei in der Chinapolitik

Vor kurzem trugen Beijing und Taipei ein intensives Wortgefecht über Verhandlungen und die Wiedervereinigung Chinas aus. Wie berichtet (C.a., Mai 1990, Ü 33, S.348) hat Präsident

Li Denghui im Mai d.J. bei Gesprächen mit einzelnen Abgeordneten bezüglich seiner Chinapolitik über die Idee von "einem Staat, zwei Regierungen" (yiguo liangfu) und "gleichberechtigte Verhandlungen" (duideng tanpan) beider Seiten gesprochen. In der Rede anlässlich der Feierlichkeiten seines Amtsantritts am 20. Mai hat er sich offiziell geäußert, mit Beijing gleichberechtigt zunächst über Kulturaustausch und Handel, dann auch über die Vereinigung Chinas zu verhandeln, unter der Voraussetzung, daß Beijing die Demokratie und freie Marktwirtschaft einführt, auf Waffenanwendung gegen Taiwan verzichtet und Taiwans Beziehungen zu anderen Ländern nicht stört.

Der Generalsekretär der KPCh, Jiang Zemin, begrüßte am 11. Juni in einer Rede bei der Eröffnung der nationalen Konferenz der Einheitsfront einerseits Li Denghuis Äußerungen über die Einheit Chinas und die Bereitschaft zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung, andererseits lehnte er den Gedanken von "einem Staat, zwei Regierungen" ab, weil, so sagte er, dies praktisch "zwei chinesische Staaten" oder "ein China, ein Taiwan" bedeutet. Er wiederholte Beijings bekanntes Prinzip von "einem Staat, zwei Systemen" (Hongkong-Modell) und gleichberechtigte Verhandlungen zwischen der KPCh und der Guomindang. Bei den Gesprächen zwischen den zwei großen Parteien könnten auch Vertreter anderer Parteien und repräsentative Persönlichkeiten aufgenommen werden. Auf die von Li Denghui genannten Vorbedingungen für Verhandlungen (Demokratie, Marktwirtschaft, Verzicht auf Waffenanwendung und außenpolitische Einmischung gegenüber Taiwan) ist Jiang nicht eingegangen. Hingegen bekräftigte er, daß keine Kraft den Vormarsch Chinas auf dem sozialistischen Weg chinesischer Prägung verhindern könne. (LHB, 12.6.90; DGB, 13.6.90) Im gleichen Ton reagierte die Beijinger Zeitschrift *Liaowang* (Überseeausgabe, 11. und 18.6.90) in zwei Artikeln auf Li Denghuis Anregung. (nach LHB, 11. und 17.6.90)

Einen Tag nach Jiangs Rede, am 12. Juni, erklärte Ministerpräsident Hao Bocun (Hao Pei-tsun) im Gesetz-

gebungsyuan, daß seine Regierung weder das Modell von "zwei Staaten, zwei Regierungen" noch das von "einem Staat, zwei Regierungen" akzeptiere. "Die Regierung der Republik in Taiwan ist eine zentrale, keine lokale Regierung." Am 26. April und 16. Mai d.J. hatte Hao Bocun als damaliger Verteidigungsminister "einen chinesischen Staat mit zwei Regierungen" als eine Realität bezeichnet. (LHB, 13.6.90)

Die von Beijing gesteuerte Hongkonger Tageszeitung *Wenhui Bao* veröffentlichte am 14. Juni einen Artikel aus der Beijinger *Qingnian Bao*, in dem es heißt, daß Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) 1957 auf Zhou Enlais Appell zur "dritten Zusammenarbeit zwischen der KPCh" und der Guomindang einen Unterhändler namens Song Yishan nach Beijing gesandt habe. Die Verhandlungen seien aber infolge der Bewegung gegen die Rechtsgruppe in China bald abgebrochen worden. Diese Behauptung wird aber in Taiwan bezweifelt. (LHB, 15.6.90; ZYRB, 19.6.90) -ni-

Hongkong und Macau

*(48)

Große Massendemonstration in Hongkong zum Jahrestag der Ereignisse vom 4. Juni in Beijing

Anlässlich des ersten Jahrestages der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung von Studenten am 4. Juni 1989 in Beijing fanden in Hongkong eine Reihe von Demonstrationen statt. Am 3. Juni zogen über 100.000 Menschen vom Geschäftsviertel zum Gebäude der Zweigstelle der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, der Hauptvertretung Beijings in Hongkong, mit Plakaten und Aufrufen für Demokratie und Freiheit und gegen die verantwortlichen Politiker in Beijing. Vor und nach der Demonstration veranstalteten noch mehrere Hunderte vor dem Xinhua-Büro einen Sitzstreik. Am Abend des 4. Juni versammelten sich wieder rd. 100.000 Menschen im Victoria-Park mit bren-

nenden weißen Kerzen in der Hand, um die Opfer des Massakers vor einem Jahr zu betrauern. (IHT, 4.-5.6.90; DGB, 5.-6.6.90; LHB, 5.6.90)

Die chinesische Regierung legte bei Großbritannien Protest ein, weil offenbar am 3. oder 4. Juni auf das Gebäude der Xinhua-Zweigstelle in Hongkong geschossen worden war. Eine Fensterscheibe im 11. Stock sei zerbrochen und von der Polizei in dem Zimmer auch eine Kugel gefunden worden; niemand sei aber verletzt. (XNA, 9.6.90; DGB, 10.6.90; IHT, 7.6.90; SWB, 11.6.90)

Ende Mai und Anfang Juni 1989 hatten über eine Million Hongkonger zur Unterstützung der Demokratiebewegung in China und gegen die blutige Unterdrückung seitens der chinesischen Regierung demonstriert. (Dazu s. C.a. Mai 1989, Ü 29, S.333) Die britische Kolonie soll 1997 an China zurückgegeben werden. -ni-

*(49)

Mißstimmung zwischen Macau und Beijing

Aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten und aus Protest gegen "gewisse Aspekte der Philosophie in den Beziehungen zwischen Portugal und China" ist Macaus Vizejustizminister Jose Magalhaes e Silva vom Amt zurückgetreten. (SWB, 22.6.90) Auch der Gouverneur von Macau, Carlos Montez Melancia, beklagte sich öffentlich über die Einmischung der chinesischen Regierung in die inneren Angelegenheiten Macaus. (Vgl. SWB, 3.6.90)

Melancia berichtete am 28. Juni, daß Beijing von Macau verlangt habe, die Errichtung eines taiwanesischen halbamtlichen Touristenbüros in Macau nicht zu erlauben. Außerdem hielt die chinesische Regierung den Verkauf von Macaus öffentlichem Vermögen für unangemessen und kritisierte die Zögerung der Macauer Regierung, Chinesisch als Amtssprache einzuführen. Die portugiesische Kolonie soll 1999 an China zurückgegeben werden. (LHB, 29.6.90) -ni-